

GRÜNES BÜNDNIS  
Neustadtstrasse 34  
Postfach 31  
6000 Luzern 4

RundBrief  
5/2004

Zeitschrift  
für Mitglieder  
und Interessierte



Grüne Arbeitsgruppen entwickeln neue Ideen

## Der Zukunft entgegen

<b>Schwerpunkt</b>	<b>2</b>	<b>Kanton</b>	<b>10</b>
Grüne Arbeitsgruppen suchen tragfähige Zukunftslösungen.		Endlich wird im November über die grünen Einbürgerungsinitiativen abgestimmt.	
<b>Abstimmung</b>	<b>5</b>	<b>Stadt/Intern</b>	<b>18</b>
Am 26. September kommen vier wichtige eidgenössische Vorlagen zur Abstimmung.		Verabschiedungen und Begrüssungen in verschiedenen Gremien.	

# Die Grundsatzdiskussion neu führen?

Rosa Rumi, Co-Präsidentin GB Kanton, Alberswil

Nach der Zürcher Abspaltung der Ökoliberalen stellen sich viele Fragen: Was beinhaltet eine ökoliberale Politik und wie unterscheidet sie sich von linksgrüner Politik? Sind die Ereignisse in Zürich eine Gelegenheit, die Inhalte grüner Politik grundsätzlich zu diskutieren? Und haben wir Luzerner Grüne eine solche Grundsatzdiskussion überhaupt nötig? Gibt es nicht ein weitgehend grundlegendes Selbstverständnis von grüner Politik, sodass Grundsatzdiskussionen nicht dauernd neu geführt werden müssen? – Es wäre komfortabel, die letzte Frage mit Ja beantworten zu können.

Ich meine, dass jene, die stark ins tagespolitische Geschäft in Parlamenten und Exekutiven eingebunden sind, effektiver arbeiten können, wenn auf ein gemeinsames Verständnis gebaut werden kann.

Bernhard Pulver hat im Tages-Anzeiger grüne Politik entlang der folgenden Grundsätze skizziert:

- Grüne Politik ist ökologische Politik.
- Grüne Politik behält die soziale Verantwortung als zentralen Punkt im Auge. Schutz der Umwelt geht nicht ohne ein Engagement für die Menschen. Das heisst Umverteilung von Reich zu Arm. Das heisst Offenheit für neue Bewegungen und einen sinnvollen gesellschaftlichen Wandel.
- Grüne Politik beinhaltet deshalb auch Welt-offenheit. In einer immer globalisierteren Welt sind viele Probleme nur durch interna-

tionale Zusammenarbeit lösbar. EU-Beitritt und gerechte Nord-Süd-Beziehungen sind hier die Stichwörter.

- Grüne Politik folgt einer gesinnungsliberalen Grundhaltung.

Bernhard Pulver meint dann aber auch, dass eine ökoliberale Haltung sehr wohl wünschenswert ist und möglich sein muss.

Nun, wie sähe wohl eine ökoliberale Politik entlang dieser Grundsätze aus? Heisst die Devise dann: Von allem ein bisschen weniger fordern, als die Linksgrünen es tun? Dies scheint mir keine nachvollziehbare Haltung. Im neoliberalen Umfeld, in dem Politik heute stattfindet, geht es doch nicht an, von Anfang an in der Grundhaltung Abstriche zu machen. Im politischen Prozess mit den anderen Parteien ist dies im Einzelfall, wenn Kompromisse möglich werden, immer noch eine Variante. Positionen werden geschliffen, verlieren eventuell Kanten und Ecken. Dies lässt sich dann verantworten, wenn sich der Prozess zumindest in die richtige Richtung bewegt. Positionen aber im Voraus verwässern? Das ist Selbstzensur, die Schere im Kopf. Oder soll der Unterschied nicht im Was, sondern im Wie (dem politischen Stil) liegen? Geschäfte können nach meiner Beobachtung, egal aus welcher Ecke sie sind, freundlich, engagiert, kompetent und klar, oder aber schludrig, nachlässig und grantig vertreten werden. Es ist klar, auf welcher Seite man sein möchte. Klar, pointiert und anspruchsvoll in der Sache, kompetent und, wenns geht, freundlich im Stil, mit dieser Politik hat das GB Luzern, wie mir scheint, das Mögliche erreicht.

Im November kommen endlich unsere kantonalen Initiativen «Fairness bei Einbürgerungen» zur Abstimmung. Für diese beiden Initiativen braucht es unseren vollen Einsatz. Hier haben wir in der Sache keine gesinnungsmässigen Kompromisse gemacht, gerade deshalb sind die beiden Initiativen ein guter, praktikabler Vorschlag zur fairen Lösung eines dringenden politischen Problems, echt GB.



## Grüne Arbeitsgruppen – eine breite Themenpalette

Immer wieder hören wir die Frage, wie man sich im Grünen Bündnis engagieren könne, ohne gleich für ein Parlament kandidieren zu müssen. Tatsächlich: Politische Arbeit findet nicht nur in Parlamenten und Kommissionen statt. Die kleinste Zelle der politischen Diskussion ist wohl die Arbeitsgruppe, kurz AG genannt.

Die Themenpalette der grünen Arbeitsgruppen ist breit: Die Gruppen beschäftigen sich mit «handfesten» Themen wie Verkehr und Kultur, andere wie die AG «Theorie» sind eher ein Diskussionsforum.

Jede Gruppe lebt von den Menschen, die darin mitarbeiten und mitdenken, und das gilt ebenso für die grünen AGs. Mitglieder sollen ihre eigenen Ideen und Vorlieben einbringen können. Kurz: Die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe ist für neue Interessierte ein guter Einstieg in die aktive Politik. Wir freuen uns, wenn Sie bei uns reinschnuppern.

## Arbeitsgruppe «Bildung und Schule»

# Ein offenes Diskussionsforum

Barbara Zumstein, Schulpflegerin, Kriens

Interessierte aus dem Grünen Bündnis (Schulpflegen, Stadtrat, Grossrat, Bildungstätige) treffen sich fünf Mal pro Jahr zu Fragen rund um Bildung und Schule. Ziel der Treffen ist es, Erfahrungen auszutauschen, kontroverse Fragen zu diskutieren und sich zu vernetzen. In einem ersten Teil gibt jeweils ein Gruppenmitglied einen inhaltlichen Input, so bisher geschehen zur Schulsozialarbeit, zur Bedeutung der Weiterbildung anlässlich des Bereichsgesetzes Berufs- und Erwachsenenbildung im Kanton Luzern und zur Entwicklung der Sekundarstufe I. Im zweiten Teil tauschen wir uns über aktuelle Fragen aus.

Die Gruppe versteht ihre Sitzungen als Diskussionsforum und will explizit keine verbindlichen Stellungnahmen erarbeiten oder Haltungen entwickeln. Der Arbeitsstil ist dementsprechend lustbetont und wird oft während eines Beizenbesuchs oder bei einem Essen weitergepflegt. Bisher haben regelmässig diskutiert: Thomas Thali, Roli Neyerlin, Werner Senn, Christa Stocker, Rosa Rumi, Verena Kleeb, Agatha Fausch und Barbara Zumstein.

Die Gruppe ist für weitere Interessierte offen, erwartet aber von ihnen, dass sie sich um eine kontinuierliche Sitzungspräsenz bemühen. (Kontakt: muellerzumstein@mydiac.ch).

Falls dieser RundBrief am 2. September bei seinen Leserinnen und Lesern ist, gibt es die Möglichkeit, bereits an der nächsten Sitzung der Arbeitsgruppe teilzunehmen. Die Sitzung findet am 2. September statt, von 19.30 bis 21.30 Uhr, im GB-Seki an der Neustadtstr. 34 in Luzern. Thema: Regierungsrätliche Botschaft 52 «Schulentwicklung nach 2005 an den Volksschulen des Kantons Luzern».



## Arbeitsgruppe «Kultur»

# Ein Kultur-Leitbild formulieren

Adi Blum, GB-Mitglied, Emmenbrücke

Seit 1999 hat die Schweiz einen Kulturartikel in der Verfassung, dessen gesetzliche Umsetzung aktuell diskutiert wird. Gemäss dem ersten Kulturwirtschaftsbericht der Schweiz erzielten im Jahr 2000 allein die rund 8'700 steuerpflichtigen Kulturbetriebe einen Umsatz von 17 Milliarden Franken. Aber auch in einem nicht materiellen Sinne prägt die Kultur unsere Wahrnehmung und unser Zusammenleben entscheidend. Umso mehr erstaunt es, dass kaum eine Partei der Schweiz auf ein formuliertes Kulturleitbild zurückgreifen kann, geschweige denn eine kohärente Kulturpolitik pflegt.

Die Arbeitsgruppe «Kultur» möchte, angesichts der anstehenden konkreten Kulturdritten auf nationaler und kantonaler Ebene (BV 69, neues Pro-Helvetia-Gesetz) wie auch auf kommunaler Ebene (Kulturraumpolitik, Projektförderung), in die Bresche springen und ein Kultur-Leitbild formulieren, welches anschliessend zur Diskussion gestellt wird.

Wollen Sie mithelfen, ein solches Kultur-Leitbild auszuarbeiten? Wir suchen auf diesem Weg weitere Interessierte für ein erstes Treffen. Melden Sie sich bitte auf dem GB-Sekretariat (Telefon 041 360 79 66, lu@gruene.ch).

## GB-Frauengruppe

# Verschiedene Blickwinkel

Michael Töngi, RundBrief-Redaktion, Kriens

**Rita Blättler, Koordinatorin der GB-Frauengruppe, erklärt, weshalb es die Frauengruppe weiterhin braucht, und fragt das GB, wann eine Männergruppe entsteht.**

*In allen Positionspapieren des GB spielt die Gleichberechtigung der Geschlechter eine wichtige Rolle. Weshalb braucht es dann noch eine GB-Frauengruppe?*

Rita Blättler: Die Frage ist meiner Ansicht nach verkehrt herum gestellt: Warum gibt es nicht endlich eine GB-Männergruppe? Mit diesem Vorschlag will ich keinesfalls einer Aufsplitterung in -zig Untergruppen Vorschub leisten. Aber die Frage ist berechtigt, ob nicht verschiedene Interessengruppen von Zeit zu Zeit die verschiedensten politischen Geschäfte aus ihrem Blickwinkel beleuchten sollten. Und dies nicht nur unter dem Aspekt der Diskriminierung! Es ist nun mal eine andere Sache, ob ich als Mann, Frau, Ausländerin, als junger oder als älterer Mensch in dieser Gesellschaft lebe.



*Hast du keine Angst, dass die Anliegen der Frauen einfach der Frauengruppe 'zugeschoben' werden? Andere Parteien wie die SP Zürich haben ihre Frauengruppen wieder aufgelöst und betrachten die Gleichberechtigung als «Querschnittsaufgabe», die alle betrifft. Was hältst du von diesem Weg?*

Welches sind denn die Anliegen der Frauen? Die Frauen (auch die GB-Frauen) sind eine sehr heterogene Gruppe mit vielen ähnlichen und einigen besonderen Anliegen. Es ist sicher eine der Herausforderungen an diese Gruppe, aus der Unterschiedlichkeit heraus gemeinsame politische Forderungen zu entwickeln. Gleichzeitig macht dies die Frauengruppe aber auch attraktiv und interessant. Ich habe keine Angst, wenn «Frauenanliegen» schwerpunktmässig bei uns diskutiert werden. Das GB müsste aber schleunigst über die Bücher, wenn Gleichstellungsfragen zu Frauenfragen gemacht und in die Frauengruppe delegiert werden. Vermutlich sind linke Frauenanliegen in den meisten Fällen auch Gleichstellungsanliegen. Umgekehrt geht die Gleichung aber nicht auf: Gleichstellungsanliegen sind nicht nur Frauenanliegen! Die Sache mit der «Querschnittsaufgabe» würde ich anders

als die SP Zürich lösen. Wenn Gleichberechtigung im Grünen Bündnis ernsthaft als Querschnittsaufgabe behandelt werden soll – und das wünsche ich mir – dann muss jedes politische Geschäft in jeder Arbeitsgruppe auf seine Geschlechterrelevanz überprüft werden. Und konsequenterweise diskutiert dann die Frauengruppe auch verkehrspolitische, finanzpolitische oder bildungspolitische Fragen – aus Frauensicht. Ich möchte aber der geplanten Diskussion in der Frauengruppe (30. September 04) nicht vorgreifen.



*Frauenanliegen haben in den letzten Jahren eher an Gewicht verloren oder sind mindestens aus den Schlagzeilen verschwunden. Ein Erfolgs- oder ein Alarmzeichen?*

Der 10. Dezember 2003 hat auch vielen jungen Frauen und Männern gezeigt, dass die Errungenschaften der letzten 25 Jahre auf sehr wackeligen Füßen stehen. Offenbar braucht es ab und zu einen solchen Skandal, um die Öffentlichkeit via Medien daran zu erinnern, dass wir zu dem Erreichten Sorge tragen und auf den noch nötigen Handlungsbedarf hinweisen müssen. Ich bin überzeugt, dass die Kreativität von uns allen ausreicht, um immer wieder neue Zusammenhänge zu entdecken und daraus interessante Lösungswege zu entwickeln. Die Gleichstellung und die Geschlechterfrage überhaupt bleiben spannende und herausfordernde Themen – für Frauen und für Männer.

## Arbeitsgruppe «Verkehr»

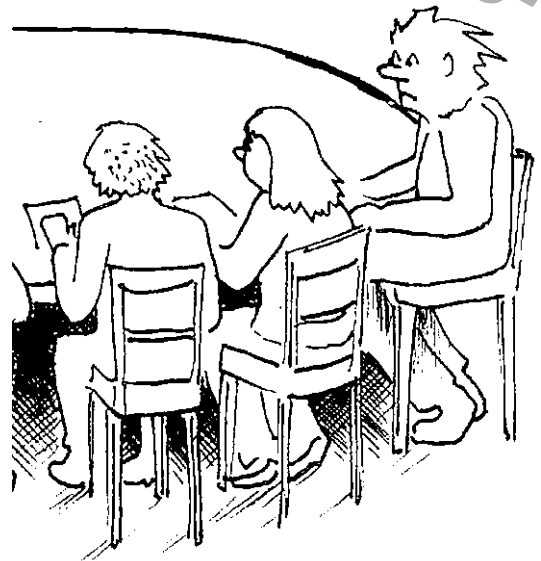
**Gegen eine strassenlastige Politik**

Adrian Borgula, Grossrat, Luzern

Die Probleme im Kanton Luzern sind bekannt – um nur einige zu nennen: eine zögerlich-stockende Entwicklung des öffentlichen Verkehrs, die vom motorisierten Verkehr verstopfte Stadt und Agglomeration Luzern, teure und überzogene Strassensanierungen wie am Schwanderholzstutz, ungenügende Radwege, Tote und Verletzte bei Unfällen, eine Nord-Süd-Achse, die mitten durch die Stadt führt, und 43'000 EinwohnerInnen im Kanton, deren Wohnungen über dem Immissionsgrenzwert lärmbelastet sind. Der Verkehr trägt wesentlich zum unverantwortbar hohen Kohlendioxid-Ausstoss und damit zur Klimaveränderung bei. Trotzdem sollen gemäss kantonaler Planung via Agglomerationsprogramm in den nächsten Jahren 1,8 Milliarden Franken in Strassenprojekte der Agglomeration und nur 1 Milliarde Franken in öV-Projekte gesteckt werden.

Was tun? Zum Beispiel in der Arbeitsgruppe «Verkehr» mitdenken und unser Mitglied der grossrätlichen Verkehrskommission, Adrian Borgula, fachlich und moralisch unterstützen.

Im Kanton Luzern stehen in nächster Zeit wichtige Fragen und Entscheide in Sachen Verkehr an: z. B. das Agglomerationsprogramm, Ausbauten für die S-Bahn (neuer Gütschtunnel, Ausbau am Rotsee, Schienenanbindung Kriens), neue Autobahnan-schlüsse (Emmen Süd, Rothenburg, Buchrain) und Hochleistungsstrassen wie der Südzubringer Luzern oder die «Ceinture Nord» von Buchrain über Waldibrücke nach Rothenburg. Der grob strassenlastigen Politik von Verwaltung und bürgerlichen Parteien gilt es pfiffige und nachhaltige Konzepte entgegenzusetzen!



## Arbeitsgruppe «Theorie»

**Jenseits aller Hektik des Alltags**

Rosa Rumi, Co-Präsidentin GB Kanton, Alberswil

Dies ist der «Arbeitstitel» für eine neue Arbeitsgruppe. Eine Arbeitsgruppe, die es sich – so du willst – zur Aufgabe macht, jenseits aller Hektik des Politikalltags über Politik im weitesten Sinne nachzudenken und das Was und

Wie unserer eigenen Politik zu überdenken. Grundsatzartikel und einschlägige Bücher lesen, diskutieren, vielleicht in der Folge neue Diskussionen anzetteln ...

Dies und natürlich das, was du dir unter einer AG «Theorie» vorstellst, soll hier Raum bekommen. Lust am Mitlesen und Mitdiskutieren? Melde dich auf dem Seki ([lu@gruene.ch](mailto:lu@gruene.ch) oder Telefon 041 360 79 66).



## Nach bald sechzig Jahren Mutter schafft's!

Lotti Marti-Schindler, Sekretärin SP Kanton Luzern, Luzern

Am 26. September soll der Verfassungsauftrag für eine Mutterschaftsversicherung nach bald sechzig Jahren endlich umgesetzt werden. Der Mutterschaftsurlaub ist gesellschaftspolitisch überfällig, wirtschafts- und familienfreundlich. Erwerbstätige Mütter sollen während 14 Wochen eine Entschädigung von 80 % des Einkommens erhalten.

### Ein guter Start für jedes Kind

Alle Kinder sollen einen guten Start ins Leben haben. Ihre Mütter können sich in den ersten Wochen nach der Geburt ohne finanzielle Sorgen dem Kind zuwenden. Eine garantierte Lohnfortzahlung von 14 Wochen bringt eine markante Verbesserung und eine gesamtschweizerische Lösung für erwerbstätige Frauen.

### Ein positives Signal für die Familie

Die Geburtenrate in der Schweiz ist tief und sinkt weiter. Immer mehr junge Paare verzichten auf Kinder. Dies vor allem, weil sie Beruf und Familie nicht miteinander vereinbaren können. Ein Ja zum bezahlten Mutterschaftsurlaub ist ein wichtiges Signal für eine zukunftsgerichtete Familienpolitik.

### Schliessen wir diese Gesetzeslücke

Alle Mütter, die im Verlauf ihrer Schwangerschaft mindestens fünf Monate erwerbstätig waren, haben künftig während 14 Wochen nach der Geburt Anrecht auf eine Lohnfortzahlung von 80 Prozent des versicherten Lohnes. Damit wird eine stossende Gesetzeslücke geschlossen. Während die einen Frauen schon heute Anrecht auf einen mindestens 14-wöchigen bezahlten Mutterschaftsurlaub haben, reisst bei beinahe der Hälfte der Mütter eine Geburt ein riesiges Loch ins

Portemonnaie. Dass sich darunter vor allem Frauen befinden, die auch sonst nicht auf Rosen gebettet sind, ist besonders stossend.

### Keine Benachteiligung beim Stellenwechsel

Die heutige Dauer des Erwerbsersatzanspruchs bei Mutterschaft hängt meist davon ab, wie lange eine Frau bei ein und demselben Arbeitgeber beschäftigt war. Diese Regelung hat zur Folge, dass viele Frauen, die sich in absehbarer Zeit den Wunsch eines eigenen Kindes erfüllen wollen, auf einen Stellenwechsel verzichten (müssen). Mit der Revision der Erwerbsersatzordnung wird auch dieses Hindernis aus dem Weg geräumt. Zudem wird ein möglicher Diskriminierungsgrund beseitigt. Jüngere Frauen müssen also nicht länger befürchten, zu schlechten Risiken abgestempelt und bei der Stellensuche benachteiligt zu werden.

### Arbeitgeber finanziell entlasten

Viele Arbeitgeber bezahlen schon heute Mutterschaftsleistungen. Wenn nach der Revision alle erwerbstätigen Mütter Anrecht auf einen 14-wöchigen Erwerbsersatz haben, werden die Kosten für den bezahlten Mutterschaftsurlaub von den Arbeitnehmenden und den Arbeitgebenden je zur Hälfte finanziert und die Arbeitgeber jährlich um mindestens 100 Millionen Franken entlastet. Die Lohnfortzahlung wird über die EO-Kasse finanziert. In diese zahlen alle Erwerbstätigen ein. Es ist also nur gerecht, dass auch Frauen bei Mutterschaft einen Erwerbsersatz erhalten.

### Das Luzerner Komitee

Im Kanton Luzern hat sich ein breit abgestütztes Komitee gebildet. Die Komiteemitglieder, bestehend aus CVP-Frauen Luzern, CSP, Grünes Bündnis, FDP-Frauen Kanton Luzern, Frauenhaus Luzern, Frauenzentrale Luzern, Frauenkommission der evang.-ref. Kirche, Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann, JCVP, Junge Grüne, JUSO, Kaufmännischer Verband Luzern, LGB, Schweizerischer Katholischer Frauenbund Luzern, SP Kanton Luzern, empfehlen ein JA zur Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft).



## Mutter schafft's

### Abstimmungsparole

Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und bei Mutterschaft)

**JA**

Eidgenössische Volksinitiative «Postdienste für alle»

# Service public gewährleisten



Louis Schelbert, Grossrat, Luzern

Am 26. September stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «Postdienste für alle» ab. Die Initiative hat Chancen und verdient ein Ja.

Die Post ist ein wesentlicher Teil des Service public. Alle brauchen die Post, und ihre Dienste müssen überall in einer vernünftigen Distanz zur Verfügung stehen. Das ist heute zunehmend weniger gewährleistet. Wie in anderen Bereichen hat auch hier mit der betrieblichen Verselbstständigung der Druck zugenommen, profitabel arbeiten zu müssen. Das ist allerdings nicht möglich, wenn die Preise auch noch erschwinglich sein sollen.

## GB für gutes Poststellennetz

Schon vor vier Jahr Jahren hat Gaby Müller im Grossen Rat ein Postulat eingebracht und teilweise durchgeleitet, das von der Regierung einen höheren Einsatz zur Erhaltung des Poststellennetzes verlangte. Acht städtische Filialen standen zur Disposition und noch viel mehr auf der Landschaft. Im Interesse einer ausgeglichenen und nachhaltigen Entwicklung unseres Kantons verlangte das Postulat eine «ausreichende dezentrale Grundversorgung auf mindestens dem heutigen Niveau».

Zwar hat die Post seither die extremste Ausdünnung des Filialnetzes zurückgenommen, aber immer noch sollen in der Stadt allein auf dem linken Ufer drei Poststellen geschlossen werden: Kreuzstutz, Tribschen und Hubelmatt. Dagegen regt sich – auch unterstützt vom GB – zu Recht Widerstand. So lassen sich die Kundenbedürfnisse nicht optimal befriedigen. Wer verhindern will, dass diese und weitere Poststellen im Kanton schliessen, muss daher der Volksinitiative zustimmen.

## Postdienste für alle

Die eidgenössische Initiative «Postdienste für alle» kam dank des Efforts der Gewerkschaft Kommunikation und von Konsumentenorganisationen innert weniger Monate zu Stande. Sie verlangt Folgendes:

- eine garantierte Grundversorgung mit Postdiensten, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung,
- ein flächendeckendes Poststellennetz,
- Mitbestimmung der Gemeinden über die Zukunft der Poststellen (auf Gesetzes- oder Verordnungsstufe),
- Finanzielle Abgeltung durch den Bund, falls die Grundversorgung nicht durch Einnahmen und Gebühren getragen werden kann (Rückversicherung).

Diese Forderungen sind wichtig und sie sind erfüllbar. Vor allem helfen sie zu sichern,

das die Poststellen für alle Menschen in einer vernünftigen Distanz erreichbar sind. Selbstverständlich wird damit auch dazu beigetragen, dass Arbeitsplätze erhalten bleiben. Die Post gehört zu einer intakten Infrastruktur von Dörfern und Quartieren wie eine Schule oder ein Laden. Wird in diesen Bereichen abgebaut, wandern die Menschen ab: Wo sich die alltäglichen Geschäfte nicht mehr erledigen lassen, ist kein Bleiben.



Ja zur Post!



JA zur Initiative

## Auch politische Bedeutung

Neben der sachlichen Ebene ist aber auch die politische zu beachten. Die Initiative ist ein Signal gegen eine neoliberale Politik, die ganz allgemein dem Service public an den Kragen will. Spitäler, Schulen, Post, Bahn – alle staatlichen Dienstleistungen stehen im Schussfeld der Deregulierer und Liberalisierer. Die Auseinandersetzungen darüber werden uns auch künftig beschäftigen. Mit einem (weiteren) Volksentscheid für den Service public im Rücken lassen sich die weiteren Debatten aber gelassener führen.

## Abstimmungsparole

Volksinitiative «Postdienste für alle»

JA

## Eidg. Abstimmung vom 26.9.04: Einbürgerung ... ... und sie bewegt sich doch!

Cécile Bühlmann, Nationalrätin, Luzern

Immer wieder hören und lesen wir von fadenscheinigen, ja skandalösen Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen und immer wieder liefern Einbürgerungsverfahren in gewissen Gemeinden und Kantonen Anlass zu Kritik und Polemik. Statt endlich die seit Jahren hier lebenden Eingewanderten rascher und fairer einzubürgern, haben sich infolge des politischen Rechtsrutsches die Fronten in den letzten Jahren eher noch verhärtet, mindestens in einigen Kantonen der Deutschschweiz. Mit der Abstimmung vom 26. September soll jetzt wenigstens für Kinder und Jugendliche ein Schritt in eine bessere Zukunft getan werden. Sie sollen erleichtert eingebürgert werden. Nur schade, dass die Einbürgerungsinitiativen des GB nicht am gleichen Tag zur Abstimmung gelangen!

### Der steinige Weg zum roten Pass

In den 70er-Jahren haben wir über den Film «Die Schweizermacher» mit Emil Steinberger gelacht. Weit weg davon sind wir auch heute nicht. Wer sich einbürgern lassen will, braucht Geduld, Geld und eine dicke Haut. Die Schweiz hat tatsächlich das langwierigste, teuerste, und hindernisreichste Einbürgerungsverfahren von ganz Europa. Das betrifft einmal die **Frist bis zur Einbürgerung**, sie beträgt zwölf Jahre und liegt damit weit über dem europäischen Mittel von sechs bis sieben Jahren. Und es gibt Gemeinden wie Emmen, die die Leute nach der Einreichung eines Gesuchs bis zu sechs, acht Jahren auf einen Entscheid warten lassen! Das kann man nur mit AusländerInnen, mit Leuten ohne Lobby machen! Im Weiteren ist die **Einbürgerungssumme** je nach Gemeinde oder Kanton unterschiedlich hoch und kann bis zum Betrag einer Jahressteuer gehen. Ein **Rechtsanspruch** auf Einbürgerung existiert ebenfalls nicht. Es werden immer wieder Gesuche in diskriminierender oder willkürlicher Art und Weise abgelehnt. Hier hat das Bundesgericht im letzten Sommer ein Meilensteinurteil gefällt: Eine Serie von ablehnenden Urnenentscheiden in Emmen, die alle aus dem Balkan stammende GesuchstellerInnen betrafen, beurteilte das Bundesgericht als diskriminierend und damit als die Bundesverfas-

sung verletzend. Ein Aufschrei ging durch die Reihen der rechten Politiker, nicht nur durch solche der SVP, der Luzerner CVP-Präsident Ruedi Lustenberger verstieg sich gar dazu, über den Richterstaat zu schwadronieren.



Seither sind verschiedene parlamentarische Vorstösse und Standesinitiativen eingegangen, die alle dem Bundesgericht «die Schnüre eintun» wollen. Sie laufen alle darauf hinaus, dass die Gemeinden abschliessend entscheiden können sollen, ohne dass eine Überprüfung des Entscheides durch eine richterliche Behörde stattfinden kann. Damit will man das verfassungsmässig garantierte Recht auf das Verbot der Willkür und der Diskriminierung bei staatlichem Handeln – und Einbürgerungen sind staatliches Handeln – ausser Kraft setzen. Ziemlich ungeheuerlich! Aber nachdem die SVP das Thema jetzt jahrelang propagandistisch bearbeitet und aufgeheizt hat, werden solche Standesinitiativen in den Kantonsparlamenten mehrheitsfähig, das ist das Bedrohliche daran. Wie das Parlament in Bern dazu Stellung nehmen wird, ist noch offen, auf jeden Fall wäre ein Sieg am 26. Sep-

tember sehr hilfreich, um diese Verschärfungsversuche eher abwenden zu können.

### Die Folge: eine verzerrte Statistik

Das hürdenreiche Verfahren hat zur Folge, dass die Einbürgerungsquote der Schweiz die tiefste Europas ist. Diese Quote errechnet man aus der Zahl der Einbürgerungen eines Jahres im Verhältnis zur ganzen Zahl der ausländischen Bevölkerung. Im Jahr 2003 gab es bei einer ausländischen Bevölkerung von 1,5 Millionen nur 37'000 Einbürgerungen, das macht eine Quote von 2,5 %. Wenn man bedenkt, dass von den 1,5 Millionen 350'000 Personen schon in der Schweiz geboren sind und dass insgesamt 740'000 Personen die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, sind 37'000 Einbürgerungen sehr wenig. Die Folge davon ist, dass die Eingewanderten während Jahrzehnten als AusländerInnen in unseren Bevölkerungsstatistiken erscheinen. Die meisten europäischen Länder bürgern durchschnittlich doppelt so schnell ein wie die Schweiz, das heisst, dass bei einer analogen Einbürgerungspraxis unser Ausländeranteil von 20 Prozent stark reduziert würde und wir uns den anderen Staaten annähern würden. Der so hoch gehaltene Ausländeranteil lässt sich politisch immer wieder als Argument für neue Abwehrmassnahmen gegen die «Überfremdung» verwenden, wie wir es bei der Abstimmung über die 18 %-Initiative vor zwei Jahren erlebt haben.

### Darum geht es am 26. September

Wir werden diesen Herbst über zwei Verfassungsvorlagen abstimmen können, die einen Quantensprung in der Einbürgerungspolitik der Schweiz bedeuten. Die erste Vorlage betrifft die erleichterte Einbürgerung der Zweiten Generation und die zweite Vorlage die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft bei der Geburt für Kinder der Dritten Generation. Da es sich um Verfassungsbestimmungen handelt, brauchen beide die Zustimmung von Volk und Ständen, eine ähnliche Vorlage ist in den 90-er Jahren am Ständemehr knapp gescheitert.

Die Folgegesetzgebung liegt bereits vor, nach Annahme der Verfassungsänderungen beginnt die dreimonatige Referendumsfrist zu laufen. In diesen Gesetzen ist beschrieben, was die neuen Bestimmungen genau bedeuten. Zweite Generation heisst, dass diese Jugendlichen mindestens fünf Jahre ihrer Schulzeit in der Schweiz absolviert haben müssen, dass sie eine Landessprache beherrschen müssen, dass sie gut integriert und gut beleumundet sein müssen. Dann können sie im Alter zwischen 14 und 24 erleichtert eingebürgert werden. Die Dritte Generation sind Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil



Angehöriger der Zweiten Generation sein muss, ihnen wird bei der Geburt die schweizerische Staatsbürgerschaft verliehen. Das betrifft pro Jahr rund 3'500 bis 4'000 Kinder. Die Eltern haben ein Widerrufsrecht, das Kind seinerseits kann bei seiner Volljährigkeit den Entscheid der Eltern widerrufen und erhält dann die Schweizer Staatsbürgerschaft. Im Weiteren ist in der Gesetzesvorlage die Verkürzung der Frist auf acht Jahre vorgesehen, und die Gemeinden dürfen nicht mehr als 3-Jahres-Fristen Wohnsitz in der Gemeinde verlangen. Bereits beschlossen und ohne Referendum gültig ist die Abschaffung der Einkaufssumme. Diese Änderung wird nächstens in Kraft gesetzt werden.

Der Bundesrat und die grosse Mehrheit der Parlamentes stimmten der Vorlage zu, nur die SVP stimmte dagegen. Leider ist kein Geld für eine Kampagne vorhanden, und der zuständige Bundesrat Blocher redet lieber über illegale und kriminelle Ausländer, als dass er sich im Namen des Bundesrates für die Einbürgerung der Secondos und Secondas stark machen würde. Auch die anhaltende Debatte über jugendliche Raser aus dem Balkan ist der Stimmung zu Gunsten der Vorlage nicht gerade förderlich. Die Abstimmung ist noch nicht gewonnen – unser Engagement ist nötig und wichtig!

### Abstimmungsparolen

Bundesbeschluss über die ordentliche Einbürgerung sowie über die erleichterte Einbürgerung junger AusländerInnen der zweiten Generation

JA

Bundesbeschluss über den Bürgerrechtserwerb von AusländerInnen der dritten Generation

JA

## Kantonale Einbürgerungsinitiativen

# Keine Gnade im Grossen Rat

Patrick Graf, GB-Grossrat, Kriens

Mitte Juni wurden unsere beiden Einbürgerungsinitiativen «Für einheitliche Einbürgerungen» und «Für überprüfbare Einbürgerungen» im Grossen Rat behandelt. Leider war die Unterstützung so gering, wie sich das schon in der vorbereitenden Staatspolitischen Kommission (SPK) abgezeichnet hat: Während die SP unsere Initiativen ohne Wenn und Aber und mit Engagement unterstützte, wurden sie von allen bürgerlichen Fraktionen vehement bekämpft.

### Sachlich begründete Entscheide

Die Initiative «für einheitliche Einbürgerungen» wurde als erste behandelt: Einbürgerungen sollen durch den Gemeinderat oder eine Einbürgerungskommission vorgenommen werden. Damit würde das Gremium entscheiden, welches mit den Gesuchstellenden ein Gespräch führt, und das über alle notwendigen Informationen für einen sachlich begründeten Entscheid verfügt. Entscheide an Gemeindeversammlungen und im Parlament wären nicht möglich.

Die letzten Wochen haben erneut gezeigt, wie notwendig diese Initiative ist. So wurde im Littauer Einwohnerrat ein Gesuch gegen den Willen des Gemeinderates abgelehnt, ohne dass ein Grund ersichtlich war und ohne dass sich überhaupt jemand zu Wort meldete. Auch nach der Abstimmung wurde keine Begründung genannt – obwohl nach dem Bundesgerichtsentscheid allen klar sein

müsste, dass die Verfassung und das Recht auf ein faires Verfahren zwingend eine sachliche Begründung verlangen. Auch an Gemeindeversammlungen wurden in verschiedensten Gemeinden Gesuche ohne Grund und teilweise ohne Diskussion abgelehnt, oder es wurden haarsträubende Begründungen vorgebracht wie «allgemeines Unbehagen gegenüber Einbürgerungen».

Trotz all dieser Vorfälle wurde die Initiative im Grossen Rat deutlich zur Ablehnung empfohlen. Ausser der geschlossenen Linken und zwei unentwegten CVP-Frauen (zu deren Mut wir nur gratulieren können) lehnten sämtliche GrossrätInnen die Initiative ab. Dagegen halfen auch die besten Argumente nichts. Weder die immer häufiger werdenden – und sehr berechtigten und aussichtsreichen – Beschwerden von grundlos nicht Eingebürgerten noch die durchaus sehr positiven Erfahrungen von Gemeinden mit Einbürgerungskommission konnten die vorgefassten Meinungen ändern. Es wurde in Verkennung der Realität sogar argumentiert, ausser vielleicht in Emmen liefen die Einbürgerungen ja in allen Gemeinden problemlos.

### «Wäre die beste Lösung»

Dies ärgerte uns umso mehr, als hinter vorgehaltener Hand von verschiedener Seite zu hören war, dass unser Vorschlag ja schon das richtige Verfahren sei und wohl in zehn bis zwanzig Jahren auch umgesetzt werde – heute



### Learn English

[www.english-on-dartmoor.com](http://www.english-on-dartmoor.com)

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache  
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse von Feb. – Nov. 2005

Kursdauer: 2 – 3 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 26 Jahre

**Aktuell: Intermediate Kurs**

21. Nov. – 4. Dez. 2004

**Engl. Gardens/Arts and Crafts**

Mai 2005

**Auskünfte und Anmeldungen bei**

**Lynn Rawlinson**

[info@english-on-dartmoor.com](mailto:info@english-on-dartmoor.com)

Telefon: 0044 1364 73117



### Oeko-Hotel Gruebisbalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern.

Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

**Hotel Gruebisbalm/Rigi, Familie Schaub**  
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70  
email: [oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch](mailto:oeko-hotel-gruebisbalm-rigi@bluewin.ch)

### 80 Jahre MV Luzern

**«Für das Recht der  
Mieterinnen und Mieter»**

Werden Sie Mitglied und lassen  
Sie sich beraten!

**MV** ■

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern  
Mythenstrasse 2, 6003 Luzern  
Telefon 041 220 10 22, Fax 041 220 10 21  
[www.mieterverband.ch/luzern](http://www.mieterverband.ch/luzern)

sei einfach die Zeit noch nicht reif dazu. So gross ist also bereits die Angst vor der SVP! Immerhin bestärken uns solche Aussagen im Wissen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dies zeigen auch die immer zahlreicheren Gemeinden, welche das von uns vorgeschlagene Verfahren mit einer Einbürgerungskommission einführen wollen: In Horw hat das Volk schon dazu Ja gesagt. In Kriens steht die Abstimmung im September an – und ausser der SVP sind alle Parteien dafür. Und auch in Malers und Emmen geht die Diskussion klar in diese Richtung, was besonders in Emmen nach der langen Leidensgeschichte ein erfreuliches Zeichen ist.

### **Initiative «für überprüfbare Einbürgerungen»**

Einen noch schwereren Stand hatte die Initiative «für überprüfbare Einbürgerungen», welche die Möglichkeit einer Verwaltungsgerichtsbeschwerde für ablehnende Einbürgerungsentscheide einführen will. Damit würde im Gegensatz zur heute möglichen Gemeindebeschwerde ein unabhängiges Gericht und nicht eine politische Instanz entscheiden, und das Gericht könnte einen Entscheid richtig stellen und nicht nur an die Gemeinde «zurückschicken» (welche dann mit grosser Wahrscheinlichkeit wieder gleich entscheiden würde).

Die Schimpftiraden der bürgerlichen Mehrheit «gegen den Richterstaat» und die Forderungen nach «uneingeschränkter Demokratie» überschritten meiner Meinung nach die Grenze eines rechtsstaatlichen Staatsverständnisses. Sie zeigen, dass rechtsstaatliche Prinzipien – und die Gewaltentrennung als Grundlage jeder Demokratie – auch in der Schweiz immer wieder neu verteidigt werden müssen, nicht nur im Berlusconi-Italien. Entsprechend wurde auch diese Initiative mit dem praktisch gleichen Abstimmungsresultat zur Ablehnung empfohlen.

### **Gegenvorschlag der Regierung chancenlos**

Am stärksten enttäuschte mich persönlich die Haltung der bürgerlichen Mehrheit zum Gegenvorschlag der Regierung. Dieser bleibt zwar auf halbem Weg stecken und löst bei uns keine Begeisterungstürme aus. Er ist aber das absolute Minimum zur Umsetzung des Bundesgerichtsentscheides. Immerhin könnten gemäss dem Gegenvorschlag Einbürgerungsgesuche an Gemeindeversammlungen nur mit einem sachlich begründeten Antrag abgelehnt werden. Dieser Vorschlag entspricht der momentanen Situation im (nicht gerade einbürgerungsfreundlichen) Kanton Schwyz und wurde von der Mehrheit der Luzerner Gemeinden in der Vernehmlassung begrüsst.

Bei CVP, FDP und SVP hatte aber nicht einmal dieser Minimalvorschlag eine Chance – sie wollten nicht einmal darüber diskutieren und lehnten es darum ab, überhaupt darauf einzutreten. Immerhin ist nach der «Beerdigung» des Gegenvorschlages nun die Ausgangslage für die Abstimmung klar, und die Chancen unserer Initiativen dürften dadurch eher gestiegen sein.

### **Termin scheinheilig verschoben**

Ohne Gegenvorschlag erübrigt sich nun die zweite Lesung im Parlament (über Gesetze muss zweimal beraten werden – über Initiativempfehlungen nur einmal). Wir erwarteten deshalb selbstverständlich, dass über unsere Initiativen am nächstmöglichen Zeitpunkt im September abgestimmt werde. Dies umso mehr, als die Behandlung im Grossen Rat zuvor mit wenig stichhaltigen Argumenten um ein Jahr verschoben worden war. Zudem wird im September über zwei Einbürgerungsvorlagen auf Bundesebene abgestimmt.

Der Regierungsrat hat leider beschlossen, dass erst Ende November über die beiden Initiativen abgestimmt werden soll. Als Grund wurde genannt, dass die Regierung vor den Sommerferien nicht mehr genug Zeit habe, um über das Abstimmungsbüchlein zu entscheiden. Dies ganz im Gegensatz zur Sterilgutabstimmung vor zwei Jahren, als dies problemlos möglich war und wir unseren Text zum Abstimmungsbüchlein sogar vor Ablauf der Referendumsfrist einreichen sollten!

Die Wahrheit dürfte sein, dass mit den getrennten Abstimmungsterminen der Abstimmungskampf der Regierungsmehrheitsparteien CVP und FDP einfacher wird. Zu den beiden Einbürgerungsvorlagen auf Bundesebene empfehlen sie bekanntlich (ohne Engagement) ein Ja, und da wäre ein gleichzeitiges Nein zu unseren kantonalen Initiativen wohl schwieriger zu vermitteln gewesen.

### **Kein einfacher Abstimmungskampf**

Für uns dürfte der Abstimmungskampf dadurch eher schwieriger werden. Nun müssen wir zweimal kurz nacheinander zum Thema Einbürgerungen eine Kampagne führen. Und noch schwieriger dürfte es werden, falls im September die Bundesvorlagen abgelehnt werden sollten.

Trotzdem: Die guten Argumente sprechen für uns und unsere Initiativen. Und die Diskussionen in einzelnen Gemeinden geben uns hoffentlich noch etwas Rückenwind (Horwer Einführung und Krienser Volksabstimmung im September, Diskussionen in Emmen, Malers etc.). Wir werden auf jeden Fall versuchen, das Optimum aus der Situation herauszuholen. Und dabei ist jede Mithilfe höchst willkommen.

«Plattform Luzern»

# Gegen den unsinnigen Spardruck

RundBrief-Redaktion

Jetzt formiert sich breiter Widerstand gegen die Abbaupolitik des Kantons. Mit einer Initiative soll die Mitsprache der Bevölkerung in Finanzfragen gesichert werden. Das GB sammelt mit – mit der Unterstützung der RundBrief-LeserInnen.

Im Kanton Luzern folgt ein Sparpaket dem anderen. Das Nein der Bevölkerung zum Steuerepaket und eine Petition mit 30'000 Unterschriften gegen den unsinnigen Leistungsabbau liessen Regierung und Parlament kalt. Sie ziehen ihre Sparübungen weiter durch – bis zum Jahr 2007 soll sich der Luzerner Steuerfuss dem schweizerischen Mittel annähern und gleichzeitig die Schulden abgebaut werden. Das heisst konkret: Es muss nochmals massiv mehr gespart werden.

## Unmässige Sparübungen

Dabei hat das Parlament heute weit gehend freie Hand: Weil die meisten Sparübungen keine Gesetzesänderungen benötigen, können gegen sie auch keine Referenden ergriffen werden. Oftmals werden auf diese Weise hohe Millionenbeträge gestrichen, ohne dass die Bevölkerung zu den meisten Sparschnitten etwas sagen kann. Auch deshalb nicht, weil gegen das Budget des Kantons keine Referenden möglich ist. Hier kann noch so viel gekürzt werden, die Betroffenen haben dies zu schlucken.

## Die Initiative als Mittel

Auf Einladung des Gewerkschaftsbundes und ihres Sekretärs Louis Schelbert haben sich unzählige Organisationen unter dem Dach der «Plattform Luzern» zusammengefunden – eine überparteiliche Organisation, die gegen den unsinnigen Leistungsabbau kämpft. Die darin vertretenen Personalverbände, Umweltorganisationen, Gewerkschaften und Parteien lancieren zusammen eine Initiative. Sie verlangt, dass künftig gegen das kantonale Budget das Referendum ergriffen werden kann. Damit erhalten die Verbände und Parteien ein wichtiges Instrument, um gegen die massive Abbaupolitik des Kantons politisch vorgehen zu können.

## Sofort unterschreiben!

Das Grüne Bündnis ist seit Beginn Mitglied der «Plattform Luzern» und unterstützt aktiv die Lancierung dieser Initiative. Deshalb liegt diesem RundBrief auch ein Unterschriftenbogen bei. Wir bitten alle, diesen auszufüllen und sofort zurückzuschicken: Der Zeitplan ist sehr ehrgeizig, denn die Initiative soll noch vor der Budgetdebatte des Grossen Rates eingereicht werden, faktisch bleibt also nur bis Ende September Zeit zum Unterschriftensammeln.



# WWW.HIRSCHMATT.CH

HIRSCHMATT BUCHHANDLUNG. DAS KARTENHAUS FÜR ZUGVÖGEL

HIRSCHMATTSTRASSE 26. 6003 LUZERN

TELEFON: 041 - 210 19 19. TELEFAX: 041 - 210 52 05. E-MAIL: HIRSCHMATT@TIC.CH

# Eine neue Verfassung für den Kanton Luzern Entwurf geht in die Vernehmlassung

Monika Clalüna, Mitglied der Verfassungskommission, Horw

Nach rund zwei Jahren Arbeit – und von der Öffentlichkeit weit gehend unbeachtet – hat die Verfassungskommission im Mai dem Regierungsrat ihren fertigen Entwurf überreicht. Ein drei Zentimeter dicker Wälzer auf A4-Papier. Der Regierungsrat hat nun beschlossen, den Entwurf, so wie er aus der Kommission kam, in die Vernehmlassung zu geben.

Mit der Eröffnung der Vernehmlassung Ende August könnte nun die von der Projektleitung vollmundig immer wieder angekündigte «breite Diskussion in der Bevölkerung» beginnen. Und auch wenn die Volksabstimmung frühestens in zwei Jahren stattfinden wird, so stellt sich für uns jetzt die Frage nach der Beurteilung des Entwurfs aus grüner Sicht.

## Ein mutloser Entwurf

Meine persönliche Beurteilung kann ich vielleicht in einem Satz zusammenfassen: Es hätte schlimmer kommen können ... Damit sind schon die negativen Seiten des Verfassungsentwurfs angedeutet: Es handelt sich nach meiner Meinung um einen mutlosen, ideenlosen, lustlosen Entwurf, der sich vor

allem an dem festhält, was ohnehin schon durch die Bundesverfassung garantiert wird. Eigene kantonale Akzente wurden praktisch nicht gesetzt, so wurde es von der Kommission generell abgelehnt, über das Bundesrecht hinausgehende kantonale Grundrechte zu formulieren, eine Möglichkeit, die z. B. der Verfassungsrat in Zürich stark genutzt hat. Bei den Staatszielen und Staatsaufgaben wollte man sich lieber nicht auf Forderungen wie Gleichstellung oder ein die Existenz sicherndes Einkommen einlassen; auch bei Themen wie Regionalstrukturen, Zentrumslasten, Wildwuchs bei Zweckverbänden und eine etwas kontrolliertere und strukturiertere Zusammenarbeit der Gemeinden sah die Kommission keinen Handlungsbedarf.

## Einige gute Ansätze

Trotzdem gibt es auch einige positive Punkte im Entwurf: Das Ausländerstimmrecht ist immerhin als Variante in den Entwurf aufgenommen worden, beim Bürgerrecht fand die generelle Schaffung von Einbürgerungskommissionen Zustimmung. Bei Referenden und Initiativen gab es wenigstens keine Verschlechterung bei den Fristen und Unterschriftenzahlen, neu soll das Konstruktive Referendum eingeführt werden. Und für die Neuordnung der Wahlkreise wurde eine Grundlage geschaffen, die vielleicht einmal dazu führt, dass sich auch im Entlebuch GB-Kandidaturen lohnen. Und schliesslich konnte man sich auf eine Präambel einigen, die ganz ohne moralische Anrufungen auskommt.

## Alle könne sich äussern!

Das Grüne Bündnis wird zum Entwurf im Laufe des Herbstes ausführlich Stellung nehmen. Wer Lust hat, in der Vernehmlassungsgruppe mitzuarbeiten, soll sich bitte beim Seki melden. Jede und jeder kann sich persönlich und punktuell zum Entwurf äussern. Die Vernehmlassungsunterlagen können ab Ende August bestellt werden. (Vorbereitung und Download ist jetzt schon möglich unter: [www.neueverfassung.lu.ch](http://www.neueverfassung.lu.ch)).



## Stromrappen-Initiative

# Die Bank noch ein Stück verlängert

Mark Schmid, Sprecher des Initiativkomitees, Luzern

**Die Stromrappen-Initiative hat die gute Chance, zu dem Volksbegehren in der Stadt Luzern zu werden, das am längsten hinausgeschoben, verzögert, vielfach durch Gutachten in Frage gestellt, dann aber rechtlich bestätigt und untermauert wurde.**

In der zu Ende gehenden Legislatur hat der Stromrappen eine überzeugte Stadtregierung gefunden. Die Stadtregierung hat einen Weg gesucht, das Anliegen über eine Änderung des Energiesparfonds umzusetzen. Die Mehrheit des Stadtparlaments hat, ohne dies in der Sache abzulehnen, mit einer Zurückweisung nach einem ersten

Rechtsgutachten ein weiteres Gutachten verlangt. Vielleicht hat sie nicht damit gerechnet, dass ein Gutachten auch zu Gunsten einer unerwünschten Sache ausfallen kann. Das Gutachten bestätigt nun, dass die Abgabe auf Strom zum Zweck der Förderung des Stromsparens und der erneuerbaren Energie durch die Stadt machbar ist.

In der Juni-Session kam die Sache somit wieder ins Parlament.

Der bürgerlichen Mehrheit des Rats wäre es wieder offen gestanden, direkt zur Volksabstimmung zu gelangen. Sie hätte, ohne sich für die Sache aussprechen zu müssen, durch Stimmenthaltung die Abstimmung über das nun konkretisierte, direkt umsetzbare Anliegen ermöglichen können. Das hat sie aber

nicht. Sie hat all ihre verlangten Abklärungen ins Pfefferland geschickt und den Stadtrat aufgefordert, einen neuen Bericht und Antrag auszuarbeiten, der dann im 2005 wieder die Urfassung als Initiative zur Abstimmung bringt. Nicht zu denken, was passiert, wenn das Anliegen eine Mehrheit beim Volk findet. Dann müsste der Stadtrat wieder einen Bericht und Antrag zuhanden des Parlaments ausarbeiten, wie er die Sache umzusetzen gedenkt (was ja alles jetzt bereits vorgelegt hat). Und darob könnte man dann der langen Bank noch ein paar Stücke anhängen ...



### Fazit

Es wäre uns eine Mehrheit des Grossstadtrats zu wünschen, die mindestens die Grösse hat, offen ihre Haltung zu von ihr unerwünschten Anliegen auszusprechen und eine öffentliche Auseinandersetzung in einer Volksabstimmung zu ermöglichen.

R E S T A U R A N T B A R  
**N E U S T A D T**

Ess- & Weinkultur • Neustadstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

## Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen

# Inhalte sehr gut – Beteiligung ???

Hans-Peter Hug, Mitglied städtischer Vorstand, Luzern

Vor dreieinhalb Jahren organisierte sich der städtische GB-Vorstand neu. Das Modell «Aktiver Vorstand» war die vorläufige Antwort auf die Tatsache, dass sich kein Präsident/keine Präsidentin finden liess. (Wir haben mehrmals im RundBrief informiert.) Bis heute hat sich der Vorstand alle zwei Wochen zu einer Sitzung getroffen. Und Erstaunliches geleistet. Von fast allen Seiten – notorische Nörgler ausgenommen – erhält das GB Lob und Anerkennung für seine inhaltlich kompetente und sehr breite Arbeit. Dies ist wesentlich dem schier unermüdlchen Engagement der im Vorstand aktiven Grossstadträtinnen zu verdanken. Die Resultate bei den städtischen Wahlen im Frühling (sehr gutes Ergebnis von Ruedi Meier, nochmals prozentuale Zunahme bei den Parlamentswahlen) waren ebenfalls sehr erfreulich.

Weniger erfreulich ist die Situation bei den Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen. Das GB hat den Anspruch, basisdemokratisch zu funktionieren. Doch diese Basisdemokratie ist eine Demokratie ohne Basis. Zum Beispiel die Veranstaltung zum Thema Verkehr und Mobilität vom 22. Oktober 2002 mit kompetenten ReferentInnen (Pia Maria Brugger, Kurt Bieder, Peter Muheim) an symbolträchtigem Ort (vbl): Anwesend waren GB-Grossstadträtinnen (man beachte die fehlende männliche Form) und Vorstandsmitglieder sowie ein (1!) potenzielles Neumitglied.

Zum Beispiel die Mitgliederversammlung vom 14. April 2003 (Parolenfassung Grendel und Boa): Würden- und BürdenträgerInnen en famille.

Zum Beispiel die Allmendführung am 6. September 2003 mit Adrian Borgula: ein kleiner Kreis von Eingeweihten. Oder die Hallenbad-Veranstaltung vom 3. April 2004 im Wagner-

Museum: zehn Leute (inkl. Vorstandsmitglieder und Grossstadträtinnen). Zum Beispiel, zum Beispiel ...

### Grosse Ratlosigkeit

Der städtische Vorstand hat versucht, mit erweiterten Vorstandssitzungen die inhaltlichen Diskussionen breiter abzustützen. Doch die Erfahrungen (etwa die Verkehrsdiskussion zu «Luzern macht mobil» oder die Parolenfassung KKL) waren nicht gerade ermutigend. Was ist zu tun? Noch mehr Informationen zu den GB-Inhalten im RundBrief? Weiterhin persönliche Einladungen verschicken? Oder kann sich das GB die Druck- und Portokosten sparen? Sind Events gefragt in einer damit schon reich gesegneten Stadt? Oder ganz einfach redimensionieren? Und damit das arg strapazierte Budget schonen?

### Neue Vorschläge

Auf diese Fragen sucht der städtische Vorstand Antworten. Vielleicht könnten sie so aussehen: Es werden weniger Mitgliederversammlungen durchgeführt (etwa zwei pro Jahr); Veranstaltungen finden themenbezogen und vor Ort statt (nächstes Thema: Kulturhaus Schlachthof); Aktionen im öffentlichen Raum im Zusammenhang mit für das GB wichtigen Abstimmungsthemen (z. B. Stromrappen); GB-Mitglieder weiterhin zu inhaltlichen Diskussionen in einem erweiterten Vorstand einladen (Themen jeweils auf der Website zu finden). Oder? Gerne nimmt der Vorstand auch Anregungen der Mitglieder entgegen. Vielleicht findet sich ja ein Präsident oder eine Präsidentin? Auf dass die guten Inhalte noch besser werden! Auf dass aus der Grünen Basis wieder eine Grüne Bewegung wird!



<h1 style="margin: 0;">ARLECCHINO</h1> <p style="margin: 0;">CAFETERIA &amp; GALERIE</p>	Habsburgerstr. 23
	6003 Luzern
	Tel 041 210 64 41
	Mo-Fr 6.30 - 20.00
	Sa 7.00 - 18.00
So 9.00 - ca. 17.00	

## Peter Schlaufer, Mitinhaber BE Netz AG, im Gespräch

# Was unsere Leute unternehmen

Interview: Heinz Bähler-Trinkler, Redaktionsmitglied, Luzern

Grüne UnternehmerInnen müssen sich im Alltag mit ähnlichen Fragestellungen und Problemen auseinandersetzen wie andere UnternehmerInnen auch, doch was unterscheidet die KMU aus grünen Kreisen von anderen KMU? In einer Serie will die RundBrief-Redaktion solchen Fragen nachgehen.

Peter Schlaufer hat zusammen mit Adi Kottmann in Luzern eine Firma BE Netz AG gegründet, die im Bereich der erneuerbaren Energien tätig ist (Planung und Bau von Solaranlagen, Pelletskesseln, Wärmepumpen u. a.).



*Wir hören oft Klagen von KMU-VertreterInnen über die zunehmende Bürokratie ...*

Sicher, zum Beispiel die Baubewilligungen: Für thermische Solaranlagen bis zu 10 m<sup>2</sup> braucht es keine Baubewilligung, d. h. in diesem Kleinstbereich können wir die Arbeiten zügig an die Hand nehmen. Doch diesen Frühsommer hatten wir den Auftrag, auf einem Haus eine grössere Solaranlage zu erstellen. Unsere Kunden und wir mussten auf die entsprechende Bewilligung über drei Monate warten, obwohl bei der Eingabe alles klar war und auch keine Einsprachen eingereicht wurden.

Dies liegt an der grossen Zahl von Gesuchen, die sich bei den Baubehörden stapeln, und es ist klar, dass die Behörden nicht ein bestimmtes Gesuch vorziehen können. Der Umbau dauerte dann nur eine Woche, die Baubewilligung kostete mehr als 800 Franken, danach kamen nochmals 140 Franken für Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bau. In diesem Fall hat nun die Stadt selber die Kosten übernommen (Kampagne «100 Solardächer»).



*Ein ziemlicher Hindernislauf und auch für die Bauherrschaft nicht besonders interessant, wenn sie sämtliche Bewilligungskosten selber übernehmen müsste ...*

... ich denke, grosse Änderungen sind in nächster Zukunft bei solchen Bewilligungsverfahren nicht zu erwarten. Aber vielleicht sollte für Baubewilligungen vermehrt zwischen Neubau und Bauveränderungen unterschieden werden, damit gerade Verfahren für Bauveränderungen, welche äusserlich sozusagen keine Veränderungen mit sich bringen, vereinfacht werden können.

Zurzeit haben wir u. a. auch in Kempten im Allgäu (D) Aufträge. Hier sind die Bewilligungsverfahren ebenfalls recht kompliziert. Einen Vorteil haben aber die Investoren in Deutschland: Für ein Projekt mit dem Ziel, Strom mit erneuerbarer Energie zu produzieren, erhält die Bauherrschaft kostendeckende Einspeisevergütungen – zurzeit in der Schweiz undenkbar. Der Bund hat sich vor Jahren aus der Förderung von Alternativ-Energien zurückgezogen und den Vollzug des Energiegesetzes an die Kantone delegiert. Zurzeit leben wir in der Schweiz wegen der Kantonalisierung mit 26 verschiedenen Systemen – ein Chaos.

*Du musst dich also ebenfalls mit der schweizerischen Energiepolitik beschäftigen?*

Es ist fatal, dass sich die offizielle eidgenössische Politik von der Energiefrage verabschiedet hat. (Fast) niemand mehr macht sich Gedanken darüber, was passiert, wenn die Vorräte der fossilen Energieträger zu Ende gehen. Die meisten Kantone haben zwar noch Förderprogramme, aber in jedem Kanton ein anderes, und niemand steht so richtig hinter diesen Programmen. Was im Kanton Luzern passiert, ist ja bekannt.

Es ist unverständlich, dass die Förderung von Alternativ-Energien eine Aufgabe der Kantone sein soll. Auf alle Fälle führt diese Aufgabenteilung nicht zu einer Verringerung des administrativen Aufwandes. Viele EU-Länder, bestes Beispiel ist Deutschland, aber auch Spanien und Frankreich haben Förderprogramme für Alternativ-Energien. Deutsche Minister sprechen öffentlich über die Möglichkeiten von Alternativ-Energien, d. h. das

Klima in Deutschland ist diesbezüglich viel offener und freundlicher.

*Wie steht es mit der administrativen Belastung im Sozialversicherungsbereich? Hier hören wir immer wieder Klagen von KMUs.*

Sicher ist diese Belastung recht hoch, aber nicht erdrückend. Wir haben staatliche Institutionen sowie private (obligatorische) Versicherungen. Für beide Versicherungsarten braucht es viel Wissen, und beide erfordern einen eigenen administrativen Aufwand. Oft ist es nicht einfach, bei den Verbänden die entsprechende fachliche Unterstützung zu erhalten.

*Die BE NETZ AG ist insbesondere im Sektor der alternativen Energien aktiv – was ist für euch wichtig?*

Entscheidend ist: Energie gar nicht erst verbrauchen. Mit anderen Worten: Es sollen energieeffizientere Häuser gebaut werden. Dank einer umsichtigen Bauweise kann der Energieverbrauch um zwei Drittel oder mehr gesenkt werden! Für ein durchschnittliches Einfamilienhaus betrug der Energieverbrauch früher 3'000 Liter Öl, heute kann der Ölverbrauch problemlos auf 800 Liter jährlich gesenkt werden. Leider werden aber immer noch Häuser mit einem Verbrauch von 1'900 Litern gebaut. Wir sind im Bereich der erneu-

erbaren Energien tätig, und hier engagieren wir uns vor allem in der Planung und im Bau von Photovoltaikanlagen und von thermischen Solarenergieanlagen (für das Warmwasser und für die Heizunterstützung). Daneben bauen wir Heizungen mit erneuerbaren Energien wie Pellets- und Stückholzheizungen. Für die Photovoltaik sind wir in der ganzen Schweiz und im benachbarten Ausland aktiv, für die thermische Solarenergie in der Zentralschweiz und für Heizungen im Grossraum Luzern, da wir Service- und Unterhaltsarbeiten garantieren wollen.

*Hast du aus grüner Sicht – als Unternehmer – noch Anliegen?*

Ich bin überzeugt, dass nicht nur Bürgerliche gute UnternehmerInnen sein können, sondern ebenso Grüne. Natürlich wäre es schön, wenn der administrative Aufwand weniger umfangreich wäre ... Dass dies möglich ist, zeigt das folgende Beispiel: Für den am Anfang erwähnten Umbau wartete ich drei Monate auf die Bewilligung. In einer kleineren Gemeinde (aber im gleichen Kanton) erhielt ich auf ein ähnliches Gesuch hin die Bewilligung innerhalb von zehn Tagen.

*Peter Schlauffer, besten Dank für das Gespräch.*



**B A O B A B**

**WWF-PANDA-LADEN**

**Herbstmode aus Naturfasern und Geschenke für die ganze Familie**

Kauffmannweg 17, 6003 Luzern  
Di-Fr: 09.00-12.30 Uhr, 13.45-18.30 Uhr  
Sa: 09.00-16.00 Uhr

**ÖKOLOGISCH UND FAIR**



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,  
unser Team freut sich auf ihren  
Anruf 041 410 40 70

**BE | NETZ**  
Bau und Energie

BE Netz AG  
Bernstrasse 57a  
6003 Luzern  
info@benetz.ch / www.benetz.ch

## Paula Giger verlässt die GB-Grossratsfraktion Mit Überzeugung und Herzblut

Gaby Müller, Grossrätin, Luzern

Im September 2000 rückte Paula Giger als Vertreterin der Stadt Luzern für Rosie Bitterli Mucha in die GB-Fraktion im Grossen Rat nach.

Bei den Wahlen 2003 gelang ihr die Wiederwahl mit einem guten Resultat. Von ihrer Vorgängerin übernahm Paula den Sitz in der Planungs- und Finanzkommission (PFK). Die Fraktion war ihr dafür stets sehr dankbar – ist doch die PFK bekannt für ihre harte Sparpolitik und ihr «steuersenkungsfreundliches» Klima. Paula hat die Arbeit in dieser Kommission sehr ernst genommen und sich schnell und fundiert in die Budgets, Rechnungen, IFAPs usw. eingearbeitet. Es war ihr ein grosses Anliegen, den anderen Kommissionsmitgliedern die sozialen und ökologischen Themen nicht nur durch die «Finanzbrille» nahezubringen, und ihre Hartnäckigkeit dürfte wohl im Finanzdepartement öfters für rote Köpfe gesorgt haben.

In der Fraktion gehörte Paula zu jenen, die Sachvorlagen immer wieder aus Überzeugung und Herzblut aus einer grundsätzlich linken, sozialen und ökologischen Perspektive beurteilen. Sie war keine Politikerin, die sich schnell auf Kompromisse einliess, nur weil

diese vielleicht mehrheitsfähig waren. Es war auch immer spürbar, dass Paula sehr gerne diskutiert und debattiert. Diese Debattierfreudigkeit hat sich im Grossen Rat deutlich gezeigt, und Paula wurde von den anderen Fraktionen gehört. So fand beispielsweise ihr Fraktionsvotum zum Legislaturprogramm (Regierungsprogramm) ein grosses Medien-echo. Mit Scharfsinn, Witz und einer Portion Sarkasmus machte sie deutlich, dass die politischen Schwerpunkte der Regierung inhaltlich dünn und unverbindlich sind – dies aber durch die grafische Gestaltung des Programms zu kaschieren versucht wird.

Für die Fraktion war Paula immer eine sehr verlässliche und engagierte Kollegin, die wir nun ungern ziehen lassen müssen.

Die politische Arbeit in einer kleinen Nicht-Regierungsfraktion kostet viel Zeit und Kraft.

Du, Paula, hast dich entschieden, im Juni 2004 als Grossrätin zurückzutreten, um dich mit ungeteilten Kräften neuen Herausforderungen zuzuwenden. Ich bin aber ganz sicher, dass die Politik dich nicht loslassen wird, und hoffe, dass du dem Grünen Bündnis in anderen Funktionen treu bleiben wirst.



**Horw · St. Niklausen**

*Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.*  
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

**Ueli & Hof**

*Bio-Hof Mättiwil · 6005 St. Niklausen · Tel. 041 342 05 46*

## Rücktritt aus dem Grossen Stadtrat

# Herzlichen Dank, Ruedi Schmidig!

Cony Grünenfelder, Fraktionspräsidentin Grosser Stadtrat, Luzern

Seit 1990 gehört Ruedi Schmidig dem Grossen Stadtrat an. Während Jahren hat er mit seinem engagierten Einsatz die Politik der Grünen Fraktion massgeblich geprägt. Sein Rücktritt wird eine Lücke hinterlassen, die nicht einfach zu schliessen sein wird.

Ruedi Schmidig kandidierte 1987 auf der Liste des GB für den Grossen Stadtrat und gelangte 1990 ins Stadtparlament. Seinen beruflichen Hintergrund als Treuhänder konnte er in der Finanzkommission optimal einbringen. Mit seinen detaillierten Dossierkenntnissen und seiner gewissenhaften, präzisen politischen Arbeit prägte er die Auseinandersetzungen um die Verselbstständigung der ÖKK und der Städtischen Werke massgeblich. Obwohl langjähriges Mitglied der ÖKK-Verwaltungskommission, stiess diese erste Verselbstständigungs-Vorlage bei ihm auf harten Widerstand, da diese weit reichende Entscheidung ohne genügende Legitimierung durch die Stimmberechtigten geschah.

### Ein beharrlicher Kämpfer mit blendender Fachkenntnis

Der breiten Öffentlichkeit bekannt wurde Ruedi Schmidig durch seine aufmerksame Prüfung der Rechnung der Städtischen Werke. Seine akribische Finanzanalyse bescherte der Stadtkasse 12 Millionen Franken. Einzelne Exponenten der Werke mögen damals Ruedis Recherchen als Angriff auf die Substanz aufgefasst haben. Ruedis anschliessende Forderungen nach Betriebs- und Führungskonzepten, Energiesparreglement etc. machten aber klar, dass für ihn transparente Rechnung, klare Führung und offene Kommunikation das Herz eines gesunden Unternehmens darstellen. Jahrelang setzte er sich für die Umsetzung seiner Vorstösse ein und engagierte sich für die energiepolitische Vision der Stromrapen-Initiative des Grünen Bündnis.

Erneut gefragt war der Durchblick durch Unternehmen und Rechnungen bei der Aufarbeitung der Mehrkosten für KKL und Bourbaki. Ruedi gehörte der entsprechenden Spezial-

kommission an. Er prüfte anschliessend auch die Entschuldungsvorlage für das KKL kritisch. Im Frühling 2002 übernahm er das Präsidium der Bürgerrechtskommission. Mit grossem Fingerspitzengefühl gelang es ihm, in dieser Kommission ein ruhiges Klima zu schaffen. Unter seiner Führung konnte sich die Kommission auf die Menschen konzentrieren, die sich um das Bürgerrecht bewarben. Parteipolitische Profilierung und ideologischer Grabenkampf blieben der städtischen Einbürgerungspolitik erspart.



### Ein würdiger «höchster Luzerner»

Im September 2002 wurde Ruedi mit einem hervorragenden Resultat zum Grossstadtratspräsidenten gewählt. Er führte den Rat umsichtig und geschickt. Als «höchster Luzerner» traf er an vielen Veranstaltungen unzählige



Menschen verschiedenster politischer Heimaten, die in ihm einen engagierten Linken respektieren und für seine demokratische Gesinnung schätzen lernten.

Bereits während des Präsidialjahres musste er seine Arbeit als Mitglied der GB-Fraktion zurückstellen. Wir in der Fraktion spürten diese Schwächung. Für mich war es eine spezielle Herausforderung, ihn im Fraktionspräsidium abzulösen, das er mit grosser Zuverlässigkeit und Ruhe von 2000 bis 2002 ausgeführt hatte. Ruedi, als Fraktionskollegin habe ich deine fundierte und beharrliche Parlamentsarbeit immer sehr geschätzt und davon enorm gelernt. Deine Glaubwürdigkeit rührt daher, dass du in den Auseinandersetzungen immer deutlich gemacht hast, dass es dir um die Gesamtinteressen der Stadt Luzern und deren BewohnerInnen geht. Auseinandersetzungen um Inhalte hast du engagiert, in der Sache manchmal hart, aber im Umgang trotzdem immer fair geführt. Ich bedaure es sehr, dich als Mitstreiter in der Fraktion zu verlieren. Ich danke dir für die gemeinsame Grossstadtratszeit, für dein grosses Engagement und für die Freundschaft, die zum Glück mit deinem Austritt aus dem Rat nicht endet.

## Rita Meyer-Facius tritt aus dem Seniorenrat zurück

# Danke, Rita, für dein Engagement!

Agatha Fausch, Grossstadträtin, Luzern

**Rita Meyer-Facius arbeitete als Frau der ersten Stunde im Seniorenrat der Stadt Luzern mit und begleitete die städtische Alterspolitik mit Sachverstand und Engagement. Dafür danken wir ihr ganz herzlich.** Vielen bewegten (jüngeren) RundBrief-LeserInnen ist die Arbeit des Seniorenrats möglicherweise verborgen geblieben. Die Stadt Luzern ist in Sachen demokratischer Institutionen mit dem Kinder- und Jugendparlament und dem Seniorenrat gegenüber anderen Schweizer Städten reicher.

Rita Meyer-Facius ist eine gewissenhafte, genaue Schafferin. Sie hat sich in die Alterspolitik vertieft und setzte sich u. a. im Seniorenrat entschlossen dafür ein, das gängige negative Bild, das dem Alter anhaftet, mit Öffentlichkeitsarbeit zu korrigieren. So schuf der Seniorenrat z. B. die jährliche Feier für Jung-SeniorInnen, um dem Eintritt in den

Ruhestand die Qualität des Unruhestands, des Generationenvertrages gegenüberzustellen. Oder es wurden Studien zur Kaufkraft von SeniorInnen und zur Freiwilligenarbeit (insbesondere von Frauen) in Auftrag gegeben. In hundert kleinen Schritten ging Rita Meyer-Facius den Marsch durch die Institutionen

auch im Grossen Stadtrat. Sie protestierte gegen eine diskutierte Pflegeversicherung ab fünfzig Jahren und hinterfragte den Verkauf des Ferienheimes Caslano, wo HeimbewohnerInnen kostengünstig ihre Ferien verbrachten. Sie wehrte sich konsequent gegen jegliche Diskriminierung älterer Menschen. Das im Seniorenrat Begonnene setzt Rita Meyer-Facius in der Stadtpolitik fort. Demnächst wird sie als Alterspräsidentin die neue Legislatur eröffnen. Rita, danke für deinen Durchhaltewillen und für dein konsequentes Handeln!

### **Wir suchen eine Nachfolgerin, einen Nachfolger!**

Fällt es dem GB vielleicht deshalb schwer, eine Nachfolge im Seniorenrat zu finden, weil das GB die Partei der Jungen und Bewegten ist? Du solltest 58-jährig oder älter sein, wenn du Rita Meyers Arbeit im Seniorenrat fortsetzen willst.

Interessiert? Dann kontaktiere

das Seki oder Rita Meyer-Facius direkt unter E-Mail: [rita\\_hansmeyer@bluewin.ch](mailto:rita_hansmeyer@bluewin.ch).



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH  
EDGAR UEBERSCHLAG  
ARCHITEKTUR  
BAUÖKOLOGIE  
BAUBIOLOGIE  
BRÜGGLIGASSE 2  
CH-6004 LUZERN  
TEL. 041-412 02 90  
FAX 041-412 02 91

## Christine Gisler verlässt die Musikschulkommission

# Für eine gute städtische Musikschule

Christa Stocker, Grossstadträtin, Luzern

**Christine Gisler Bischof hat das Grüne Bündnis während sieben Jahren mit viel Herzblut in der Musikschulkommission der Stadt Luzern vertreten.**

Während der ersten Jahre hatte die Kommission vor allem die Aufgabe, die Qualität des Musikunterrichts in den Schulklassen zu verfolgen und die Arbeit der Musiklehrpersonen zu begleiten. Christine war für die Schulhäuser Moosmatt und Hubelmatt zuständig. Regelmässig besuchte sie die unterschiedlichsten Klassen beim Musikunterricht, ermutigte die Lehrpersonen, eine gesamtheitliche musikalische Förderung umzusetzen, die auch das Rhythmusgefühl, das Tanzgefühl und die Freude an der Bewegung beinhaltet. Die Kontakte zu den Lehrpersonen haben Christine Gisler sehr entsprochen. Im Austausch mit den Lehrpersonen konnte sie viele wertvolle Anregungen einbringen.

Vor einigen Jahren wurden die Aufgaben der Kommission verändert. Der Besuch der Lehrpersonen stand nicht mehr im Zentrum der Arbeit. Es ging vermehrt darum, das Rektorat der Musikschule in seiner Aufgabe zu unterstützen, an Kommissionssitzungen über Anstellungen zu beraten, Ideen einzubringen

und über die Weiterentwicklung der Musikschule zu diskutieren.

Der Kontakt zu den Musikschullehrpersonen blieb Christine trotzdem wichtig. Sie besuchte weiterhin regelmässig Vortragsübungen und suchte das Gespräch mit den Lehrpersonen, um den Austausch zu ermöglichen und die Bedürfnisse von Lehrenden und Lernenden zu kennen.

Die ganzheitliche musikalische Förderung von Kindern liegt Christine auch heute noch sehr am Herzen. Sie hat sich engagiert dafür eingesetzt, dass spielerische Förderprogramme für den Vorschulbereich angeboten werden. Umgesetzt werden konnte dieses grosse Ziel leider nicht mehr. Nach sieben engagierten Jahren verlässt Christine die Kommission, um sich zur Musiktherapeutin weiterzubilden. Wir danken Christine ganz herzlich für ihr grosses Engagement

und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute.





**Mehr Luft  
für Ihre Anliegen.**

**Xundheit**  
versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstrasse 28, 6002 Luzern, Telefon 041 227 77 77, [www.xundheit.ch](http://www.xundheit.ch)

## Maria Portmann-Huwiler hat das Seki verlassen Grossereignisse und Alltagsarbeit

Rosa Rumi, Co-Präsidentin, Alberswil

**Maria Portmann-Huwiler hat nach ihrer Kündigung den Arbeitsplatz auf unserem Seki Ende Juni verlassen. Während drei Jahren war sie unsere Geschäftsführerin, zuerst alleine in einem 70 %-Pensum, im Wahljahr zusammen mit Natalie Kamber.**

Während dieser drei Jahre hat das GB einiges auf den Weg gebracht, das im Seki organisiert, koordiniert und zu einem guten Teil auch ausgeführt werden musste. Ich denke an unser Referendum gegen die Privatisierung der Sterilgutaufbereitung der kantonalen Spitäler. Maria hat bis zur letzten Minute unermüdlich zum Zustandekommen des Referendums beigetragen. Sie hatte stets die Übersicht, spornte die Leute an, weiterzusammeln, und sammelte selbst Unterschriften. Am Schluss hats geklappt, nicht zuletzt dank Marias Motivationsspritzen.



Zusammen mit der RundBrief-Redaktion gab Maria unserem Hausblatt ein profilierteres Gesicht. Sie half mit beim Gestalten, beim Verfassen vieler Artikel und beim Feinschliff. Während der Wahlzeit behielt Maria zusammen mit Natalie stets die Übersicht im hektischen Geschehen. Dies gelang ihr im grösstmöglichen Umfang, und vergass sie

doch einmal etwas, so nahm sie sich das selbst am meisten übel.

Neben diesen «Grossereignissen» lief immer die Alltagsarbeit: schreiben, telefonieren, Aufträge nach aussen geben, und vor allem Aufträge von allen Seiten entgegennehmen. Persönlich habe ich die Arbeit für Geschäftsleitung und Vorstand hautnah miterlebt. Auf Marias Traktandenlisten war immer Verlass. Vor allem aber war es stets angenehm, ins



Seki zu kommen: Marias lebenswürdige Art trug dazu bei, dass man auf dem Seki in guter Atmosphäre arbeiten konnte, auch wenn Hektik angesagt war. Für all das – und für alles Ungenannte – vielen herzlichen Dank an Maria.

Nun wirst du nach den Sommerferien wieder in deinem früheren Beruf als Logopädin in der Stadt Luzern arbeiten. Ich wünsche dir, Maria, dabei viel Erfolg und Befriedigung.

liebe Maria  
herzlichen dank für die angenehme zusammenarbeit auch in hektischen und unübersichtlichen situationen.

das gegendruck-team  
philipp, marcel, nici, martin, andrew, daniel, urs

**g e g e n d r u c k \_ G m b H**

\_offsetdruckerei \_t 041 360 82 70

zeitungen, flugblätter, preislisten  
postkarten, plakate  
briefschaften, visitenkarten, mappen, couvert



\_ihre druckerei in der neustadt

**CasaConsult**

R. Fankhauser & L. Theiler  
das andere Immobilienbüro

Wir beraten Sie gut, verwalten oder verkaufen Ihre Liegenschaft zu fairen Bedingungen nach Grundsätzen des Hausvereins. Wir haben immer interessante Angebote.

Postfach 391, 3000 Bern 7, 031 312 95 14

[www.casaconsult.ch](http://www.casaconsult.ch)

## Neu in Amt und Würden

# Herzlich willkommen!

Natalie Kamber, Sekretariat, Luzern

Im Sommer 2004 sind fünf unserer MitstreiterInnen von ihren Ämtern zurückgetreten. Nur ungern lassen wir sie ziehen. Fünf Abschiede bedeuten aber auch neue Gesichter. Folgende GB-Mitglieder sind neu «in Amt und Würden»:



Seit Anfang September wird zudem das Sekretariat wieder von zwei Personen betreut: **Jonas Ott** und Natalie Kamber teilen sich (vorläufig) ein 80 %-Pensum. Auch dir, Jonas, ein herzliches Willkommen!



**Sibylle Lehmann** hat bereits Mitte Juni ihre Arbeit im Grossen Rat aufgenommen. Sie ist Mitglied der Planungs- und Finanzkommission.



Neu im Grossen Stadtrat ist **Zora Schelbert**, die auf der Liste der jungen Grünen kandidiert hat.



**Edith Blum** vertritt das GB neu in der städtischen Musikschulkommission. Ihnen allen wünschen wir viel Erfolg und Befriedigung bei ihrer Arbeit.

## Impressum

### Herausgeber

Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,  
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5  
Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Redaktion

Jürg Aebi, Heinz Bähler-Trinkler, Natalie Kamber, Michael Töngi

### Korrektorat

Nina Ceresa

### Inserate

Tel. 041-360 79 66, Fax 041-361 06 77

### Konzept und Gestaltung

Marcel Gasser, Neustadtstr. 26, 6003 Luzern  
Tel. 041-360 52 52, Fax 041-362 22 37

### Druck

Gegendruck, Neustadtstr. 26, 6004 Luzern  
Tel. 041-360 82 70, Fax 041-362 22 37

### Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

### Abonnement

Ein Jahr Fr. 20.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

### Redaktionsschluss

RundBrief 6/2004, 16. Oktober 2004

## Der neue Co-Präsident Michael Töngi

# Den eigenen Zielen treu bleiben

Heidi Rebsamen, Mitglied kantonalen Vorstand, Luzern

Ein lauer Sommerabend, eine Flasche Nebbiolo auf dem Balkontisch und der schönste und lebendigste Innenhof von Luzern im Hintergrund. Dies ist das Setting des Interviews mit Michael Töngi. Die Interviewerin geniesst diesen lauschten Abend, Inbegriff grünen Wohlbefindens. Kürzlich von einem Seminar in Psychologie zurückgekehrt, will sie das Unterbewusstsein des neuen Co-Präsidenten ergründen.

*Kannst du deinen letzten Traum schildern?*

Michael Töngi: Den letzten nicht, aber einen der letzten: Ich träumte, dass ich in der Nähe von Beromünster wohnte, in einem biedereren Einfamilienhausquartier – allerdings schönste Südlage – und dass ich auf der Aargauer Grünen Liste kandidierte. Ich wurde prompt gewählt, obwohl in diesem Wahlkreis nur vier Mandate zu vergeben waren. Als ich den Grossratssaal betrat, ereilte mich der Gedanke, dass ich ja schon in Luzern aktiv war und nun noch das Engagement im Aargau hinzukäme. Mit Schrecken stellte ich fest, dass ich die Schriften wechseln musste.

*Warst du so erschrocken, weil du unerwartet ins Parlament gewählt wurdest?*

Nein, ich habe im Kanton Luzern ja tatsächlich für den Grossen Rat kandidiert und kann mir die Arbeit in einem solchen Parlament durchaus vorstellen. Erschrocken bin ich eher, weil ich in Zürich arbeite, mein Freund dort wohnt, ich aber in Kriens wohne und in Luzern aktiv politisiere. Manchmal ist dieses Hin und Her stressig, und nun kam im Traum noch eine dritte Station dazu.

*Hast du eine besondere Beziehung zum Aargau?*

Nicht unbedingt! Lustig am Traum war, dass ich am darauf folgenden Tag eine Postkarte von Ursula Fiechter, der langjährigen politischen Sekretärin der Grünen Aargau, erhielt. Ich bin in der Nähe von Beromünster geboren, meine Familie zog aber, als ich zwei Jahre alt war, nach Kriens, wo ich mit einem kurzen Unterbruch in Basel, meinem Studienort, immer gelebt habe.

*Was hat dich eigentlich politisiert? Wie war dein Einstieg in die aktive Politik?*

Mein politisches Bewusstsein durchlief verschiedene Stufen. Schon in der Primarschule habe ich die Zeitung gelesen. An der Kantonschule zu Beginn der 80er-Jahre hat mich die «Dritte-Welt-Frage» politisiert. Ich besuchte oft den damals gerade entstandenen Drittweltladen und fühlte mich sehr wohl dort. Als 1985 der Ausbau der A2 zwischen Luzern und Horw bekannt wurde, war ich entsetzt und schrieb meinen ersten Leserbrief. Dann zog es mich in die IG Velo. Ich schaute auch bei einer POCH-Versammlung in Kriens vorbei, fand aber den Anschluss nicht sofort. Ich machte da die Erfahrung, dass es schwierig ist, in eine bestehende politische Gruppierung einzusteigen. Im Februar 1987 war ich aber an der legendären Gründung des GB Kriens dabei und der Einstieg gelang optimal, da es ein Neuanfang war.

*Was ist der besondere Reiz daran, Co-Präsident des GB zu sein?*

Ich habe letztes Jahr sehr viel im Hintergrund gearbeitet und habe gemerkt, dass es mir auch Spass machen würde, wieder nach vorne zu treten. Auch von meinem Werdegang her schien mir die Zeit für dieses Amt reif.

*Wie siehst du deine Rolle als GB-Co-Präsident?*

Mein grosses Ziel ist es, die Grünen mitglieder-mässig und strukturell zu stärken. Ich sehe also meine Hauptarbeit in der parteiinternen Stärkung. Wir brauchen einen aktiven kantonalen Vorstand, neue Ortsgruppen und Arbeitsgruppen. Die Partei muss vermehrt eigene Ideen formulieren und Initiativen lancieren. Und sie muss vor allem die grossen Linien diskutieren, strategisch denken und handeln. Mit dem neuen Vorstand scheint dies zu gelingen, auch weil einige Fraktionsmitglieder regelmässig an den Sitzungen teilnehmen. So wird die Zusammenarbeit von Partei und ParlamentarierInnen enger, was ich sehr wichtig finde. Froh bin ich auch, dass ein Co-Präsidium die Partei führt. Rosa Rumi und ich arbeiten eng zusammen und können vieles gemeinsam tragen, was manchmal auf einer Person zu stark lasten würde.



*Die Luzerner Grünen können nur stärker werden, wenn mehr aktive Leute vor allem auf dem Land ins Geschehen eingreifen. Siehst du diesbezüglich Fortschritte?*

Die Ortsgruppe Willisau funktioniert seit gut einem Jahr, in Sursee entwickelt sich eine Gruppe und in Adligenswil haben sich ebenfalls schon interessierte Leute getroffen. Der Vorstand muss diese Tendenzen tatkräftig unterstützen, klar ist aber auch: Wir können nicht von Luzern aus Ortsgruppen gründen. Ich sehe viele positive Zeichen. Das GB Kriens z. B. ist dank den vergangenen Wahlen zu einer mittelgrossen Partei mutiert, es haben sich Leute zusammengefunden, die einen neuen Vorstand gebildet haben. Ich bin überzeugt, dass diese Ortspartei mit den neuen Strukturen viel Energie entwickeln kann. Und das Schöne ist: In Kriens kandidierten erstmals vier junge Leute auf der Liste. Gleichzeitig sind Menschen jeglichen Alters zu uns gestossen mit ökologischen Anliegen, Personen aber auch, die sich für Integrations- und Gleichberechtigungsfragen interessieren.

Agglogemeinden nicht immer einfach, eine Ortsgruppe hinzukriegen, ungleich schwerer ist dies dann auf der Landschaft.

*Was hältst du von einer Regierungsbeteiligung im Kanton?*

Grundsätzlich verfolge ich die Maxime, wo man in die Regierung kann, da muss man hinein. Eine Partei, die nicht in die Regierung will, verrät ihre eigenen Ziele, indem sie zugeibt, dass diese nicht umsetzbar sind. Selbstverständlich kann der Moment eintreten, wo eine solche Zusammenarbeit beendet werden muss, weil eine Regierungspolitik nicht mehr mitgetragen werden kann. Der Regierungsrat bzw. die Regierungsrätin hat zwar ein furchtbar anstrengendes Leben, aber eine von fünf Stimmen. Wir müssen unbedingt in die Luzerner Regierung, zusammen mit der SP, denn mit einer halbwegs vernünftigen CVP-Person hätten wir dann eine neue Mehrheit!



*Warum ist es schwieriger, Menschen auf dem Land für eine grüne Politik zu gewinnen?*

Einerseits bestehen da wohl mehr Berührungspunkte – das GB hat sich immer als linke Partei verstanden, als Partei, der die Gleichberechtigungsfragen und auch eine Politik zu Gunsten der ImmigrantInnen wichtig ist. Das ist – neben der Ökologie – unser Fundament. Als reine Ökopartei hätten wir auf dem Land vielleicht etwas einfacher. Das GB wollte sich nie auf die Umweltfrage zurückziehen, und das ist gut so. Andererseits ist es auf dem Land auch heute noch schwieriger, als GrüneR hinzustehen. Wo es als institutionalisierte Form der Politik lediglich die Gemeindeversammlung gibt, da braucht es für eine oppositionelle Politik mehr Mut als in den Parlamentsgemeinden. Zudem ist es ja schon in den

## stattkino

ab 2. Sept. DIE NACHT  
SINGT IHRE LIEDER

Romuald Karmakar

5./12. Sept. DAS HIMMLER PROJEKT

Romuald Karmakar

ab 5. Sept. SI PENSAVA  
DI RESTARE POCO

F. Cangemi / D. von Aarburg

ab 9. Sept. DAS RAD DER ZEIT

Werner Herzog

13. Sept. PODIUM FASZINATION  
TIBETISCHER BUDDHISMUS

ab 23. Sept. NAMIBIA CROSSINGS

Peter Liechti

ab 7. Okt. WILD SIDE

Sébastien Lishitz

ab 10. Okt. FERDINAND HODLER –  
DAS HERZ IST MEIN AUGE

Heinz Bütler

ab 14. Okt. FILME ZUM  
EUROPA FORUM LUZERN

Stattkino  
im Panorama Luzern

Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse oder dem Monatsprogramm [www.stattkino.ch](http://www.stattkino.ch)

## Teilrevision der Krienser Gemeindeordnung Einbürgerung durch eine Kommission

Heinz Schwarz, Einwohnerrat, Kriens

Alle einbürgerungswilligen ausländischen Staatsangehörigen, die seit zwölf Jahren in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, einen guten Ruf geniessen, mit den örtlichen Lebensgewohnheiten vertraut sind und die Rechtsordnung beachten, können ein Gesuch zur Einbürgerung einreichen. Es besteht also die Möglichkeit, in einem lieb gewonnenen Land nicht nur zu wohnen und zu arbeiten, sondern sich auch am gesellschaftlichen und politischen Leben zu beteiligen.

Bis es zu einer Einbürgerung kommt, gilt es einige persönliche Dinge im Leben einer Bewerberin oder eines Bewerbers zu klären. Um diese Aufgabe seriös und gewissenhaft zu erfüllen, hat die Gemeinde Kriens explizit die Einbürgerungskommission für dieses Geschäft bestimmt. Die fünfköpfige Kommission studiert u. a. die Akten der Personen, holt Referenzen ein und führt ein Gespräch mit den Einbürgerungswilligen. Dabei erfährt die Kommission Vertrauliches



über die BewerberInnen, zudem findet eine persönliche Begegnung statt.

Der Zeitpunkt ist gekommen, die Krienser Gemeindeordnung zu ändern: Die StimmbürgerInnen sollen die Verantwortung und den Schlusssentscheid der Einbürgerungskommission übertragen. Mit dieser Form wird nicht die nötige Sorgfalt vernachlässigt oder die Mitbestimmung beschnitten, wie populistische Kreise verbreiten, vielmehr lässt sich Willkür eingrenzen.

### Abstimmungsparole

Teilrevision der Gemeindeordnung  
(Einbürgerung durch die Bürgerrechtskommission)

JA

Einige Gäste haben bei uns ihre dichterische Ader entdeckt. Wir zitieren:

«Essen, das auch der Seele gut tut.»  
«Weltklasse.»  
«Von einem andern Planeten.»  
«Eine Sensation der Sinne.»  
«Food aus den Sphären.»  
«Überirdisch gut.»  
«Hinreissend.»

Wir geben zwar keine Garantie, dass Sie hingerissen oder abgehoben werden, wenn Sie in der

### KOSTGEBEREI

essen, aber geniessen werden Sie unsere leichten, bekömmlichen Vollwertmahlzeiten allemal.

Jeden **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** über Mittag.  
Übrige Zeiten für Gruppen auf Anfrage.

Kostgeberei  
Ulmenstrasse 14, 6003 Luzern, 041 360 34 13



Die Idee  
von Ihnen  
Das Holz  
aus der Region  
Die Qualität  
vom Schreiner

Stefan Suhner  
Möbelschreinerei  
Rösslimattweg 8  
6005 Luzern  
Telefon 041 360 82 83



BÜRGENSTR. 34/36  
6005 LUZERN  
TEL. 079 650 79 42



Wer gewann im Kinderparlament über 50% der Stimmen, was 24 Sitzen im Parlament entspricht? Andreas Schönbächler und Philipp Federer vertraten die Grünen im Kinderparlament mit Erfolg. Trudy Bissig, Vertreterin der FDP mit mageren zwei Sitzen, meinte bissig, **dass die Grünen den Kindern einfach alles versprochen hätten.** Die einzige Bestechung und das Blaue vom Himmel kam von der FDP. Doch Dröpsli und das Funhallenbad für Kids durchschauten diese und wählten lieber die Grünen.

Im jcvp-Organ *impuls* 2/04 wird die ketzerische Frage gestellt, ob es die Grünen überhaupt noch brauche. Ob es die Grünen ewig braucht, wissen wir nicht. Jedoch zeigt der Artikel von Armin Barmet zur ungewissen Zukunft des öko-forums genau die Notwendigkeit der Grünen. Sein Artikel unter dem Titel **«Für weniger Gestank und mehr Grün»** trifft den Nagel auf den Kopf. Trotz Verdoppelung der Nachfrage wird dem öko-forum der Beitrag gekürzt. Im Artikel fehlt leider der Name der antigrünen Antragsteller der CVP und die Namen der Verhinderer. Damit wäre ersichtlich, dass Grüne nicht nur notwendig sind, sondern auch dass der Schaden durch mehr Grüne hätte verhindert werden können. Des Weiteren plädiert der Autor für mehr Politiker, die «sich getrauen, die Frage der grenzenlosen Mobilität vermehrt aufs Tapet zu bringen und zu hinterfragen». Dies meinen wir auch und fügen dem bei, dass diese mutigen Menschen bei den Grünen sind, weil die Bürgerlichen allein in der Agglo Luzern 1,8 Milliarden Franken für neue Strassen fordern.

Wer veranstaltet jeden Monat eine unvernünftige Bar im «Ambrosia» in Kriens? Welche Trendpeople füllen Grüne jeden ersten Freitag im Monat ab? Die **Bar jeglicher Vernunft**, Name verpflichtet, das sei gesagt, wird von unserem Präsi geschmissen. Wie es scheint, ist er immer am Puls der Zeit.

Was hat die grüne Regierungsrätin Verena Diener des Kantons Zürich mit dem dürren Regierungsrat des Kantons Luzern gemeinsam? Beide **sparen im Gesundheitswesen** und bauen Leistungen ab, der eine plädiert sogar für **kostengünstige Autogeburten** (siehe Neue LZ vom 8. Juli 2004). Dass die grüne Basis in Zürich diesem Vorhaben mit einem neuen Präsidium die rote Karte zeigte, ist demzufolge nicht erstaunlich. Erstaunt hat uns mehr, dass Verena Diener eine schlechte Verliererin ist und dem Neoliberalismus mehr zudient als grünen Anliegen.

Löst eine grüne Initiative «Stromrappen» Investitionen aus im Verhältnis 1:10 (Erfahrungszahlen aus Basel), welche teilweise in nur drei bis vier Jahren amortisiert sind, so bricht **Panik bei den Wirtschaftsparteien** aus. Ihre Programme haben bis dato nur gekostet und noch keinen Franken private Investitionen ausgelöst. Die Grünen schaffen halt doch Arbeitsplätze und sind wirtschaftlich top. Der nette Neben- oder Haupteffekt ist die Energieeinsparung, was die Kosten bei bewusstem Verhalten und bei energetischen Investitionen senkt.

# Rundbrief

## Agenda

### September

- |        |       |  |
|--------|-------|--|
| Datum  | Zeit  | Veranstaltung · Ort  |
| So 05. | 16.30 | <b>Gründungsfeier junge grüne</b> , Gassenküche, Luzern        |
| Mo 06. | 20.10 | <b>Städtischer Vorstand</b> , Sekretariat GB                   |
| Mo 13. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , Sekretariat GB                    |
| Sa 18. |       | <b>Kantonale Vorstandsräte</b> , Ort wird noch bekannt gegeben |
| So 26. |       | <b>Abstimmungssonntag</b>                                      |
| Mo 27. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , Sekretariat GB                    |
| Do 30. | 19.30 | <b>Frauentreff</b> , Sekretariat GB                            |

### Oktober

- |        |       |   |
|--------|-------|---|
| Datum  | Zeit  | Veranstaltung · Ort   |
| Sa 16. |       | <b>Verleihung des «Big Brother Award Schweiz»</b> , Emmen   |
| Mo 25. | 19.30 | <b>Kantonaler Vorstand</b> , Sekretariat GB   |
| Sa 30. | 10.00 | <b>«Der gläserne Mensch»</b> : <b>Podium zum Thema Arztgeheimnis und Gesundheitswesen</b> , Bahnhof Restauration Luzern |

# Rundbrief

## Einladung

Was passiert mit unseren Patientendaten? Wo bleibt unsere Intimsphäre? Können wir noch bestimmen, wer was über uns erfährt?

**Die Frauenzentrale Luzern lädt herzlich ein zur Podiumsdiskussion**

**«Der gläserne Mensch»**

**Arztgeheimnis und Gesundheitswesen, Datenschutz und Datentransparenz**

Samstag, 30. Oktober 2004, 10.00 bis 12.00 Uhr, Bahnhof-Restauration Luzern

**Referentinnen und Diskusstionsteilnehmerinnen:**

Markus Dürr, Regierungsrat; Christine Zemp Gspöner, Rechtsanwältin; Otilia Lütolf Elsenner, Fachärztin FMH; Amédéo Wermelinger, Datenschutzbeauftragter; Michael Baumer, Informatik-Ingenieur ETH; Helene Ulrich, Beraterin Patientenstelle Zentralschweiz.

Anmeldung bis 20. Oktober an [luzern@frauenzentrale.ch](mailto:luzern@frauenzentrale.ch) oder Fax 041 211 00 33. Ein Unkostenbeitrag von Fr. 30.– wird zu Beginn der Veranstaltung eingezogen.